

Manuskript

**Beitrag: Schule im Corona-Wirrwarr –
Ein Kommentar**

Sendung vom 21. Januar 2021

von Werner Doyé

Anmoderation:

Zum Impfchaos kommt noch das Durcheinander um die Schulen. An den föderalen Flickenteppich in der Bildungspolitik waren Lehrkräfte wie Familien schon gewöhnt, aber jetzt reicht's ihnen. Schließlich kann jede Flickenteppich-Fehlentscheidung fatale Folgen haben. Die Kultusministerien der Länder lernen einfach zu wenig dazu, meint unser Autor Werner Doyé.

Text:

Man kennt das aus der Schule: Je komplizierter die Fragestellung, desto größer die Zahl der Lösungen, die den Lehrer*innen angeboten werden.

Man kennt das aber auch von der KMK, der Konferenz der Kultusminister*innen. Je komplizierter die Fragestellung, desto – sagen wir mal – variantenreicher sind die Antworten im deutschen Bildungsföderalismus. Es ist der reinste Flickenteppich - gerade in der Pandemie besonders ärgerlich.

***O-Ton Udo Beckmann, Verband Bildung und Erziehung:
Wir erwarten eigentlich von der Kultusministerkonferenz,
dass man sich auf einheitliche Regelungen verständigt, so
dass jeder Bescheid weiß, habe ich ein bestimmtes
Infektionsgeschehen, folgen die und die Maßnahmen.***

Schulen und Familien hätten beispielsweise gerne einheitliche Regeln, was zu tun ist, wenn es einen Corona-Verdacht gibt. Nur die Betroffenen nach Hause schicken? Die ganze Klasse? Den gesamten Jahrgang inklusive der Lehrer*innen? Oder muss gleich die komplette Schule in Quarantäne?

Doch seit Ausbruch der Pandemie wird das von Bundesland zu Bundesland, häufig sogar von Stadt zu Stadt, unterschiedlich gehandhabt. Wie gesagt: der reinste Flickenteppich.

O-Ton Richard Gamp, Landesschülerausschuss Berlin:
Das ist ein Armutszeugnis und erschreckend, dass man da keine konsistente Linie hat, dass man jeden Tag neu sich überlegt, wie man es machen möchte. Das geht so nicht, wir brauchen da endlich verlässliche Entscheidungen, damit an den Schulen geplant werden kann.

Deshalb sollte jetzt alles besser werden. Vergangenen Montag beschloss die KMK einen gemeinsamen Öffnungsplan für „**die Rückkehr der Schülerinnen und Schüler**“ in drei Stufen. In allen 16 Bundesländern sollten zunächst die Klassen eins bis sechs zurückkehren, danach die älteren Jahrgänge, zunächst wechselnd immer nur die halbe Klasse - und schließlich wieder Präsenzunterricht für alle.

Selbstverständlich nur, „**sollten es die Situationen in den einzelnen Ländern zulassen**“. Dass dies derzeit in keinem Bundesland der Fall ist, betonten am Tag darauf auch die Kanzlerin und Ministerpräsident*innen ganz ausdrücklich.

O-Ton Michael Müller, SPD, Regierender Bürgermeister von Berlin, am 5.1.2021:
So ein Abenteuer will ja im Moment auch kein Ministerpräsident eingehen, dass alle Erfolge, die wir uns nun mühsam erarbeitet haben in den letzten Wochen, wieder infrage gestellt werden durch ein zu frühes Öffnen der Schulen.

Soweit der Plan am Dienstag. Am Mittwoch aber ist schon wieder alles anders. Berlin verkündet seinen eigenen Dreistufenplan. Ab dem 11. Januar sollen die Abschlussklassen zurückkommen - und ab da dann jede Woche weitere Klassenstufen, Corona-Situation hin oder her.

O-Ton Richard Gamp, Landesschülerausschuss Berlin:
Wir beschließen am Montag, dass man sich nur noch mit einer Person privat treffen darf. Dann können wir nicht am Dienstag sagen, dass auf einmal 16 Haushalte zusammen in eine Klasse gehen sollen, in einen engen Raum. Das geht nicht!

Geht doch - und nicht nur in Berlin! Ein Bundesland plant, die Grundschulen ab dem 18. Januar zu öffnen - andere Länder nur, falls Schulen oder Eltern das wollen. Wieder andere planen, ab dem 25. teilweise zu öffnen. Gerade mal zwei Tage nach dem gemeinsamen Beschluss macht jedes Land, was es will, und die föderale Schullandschaft sieht aus wie immer - ohne Rücksicht auf die, die es betrifft.

O-Ton Udo Beckmann, Verband Bildung und Erziehung:
Schulleitungen versuchen natürlich, Eltern rechtzeitig zu informieren, Schüler rechtzeitig zu informieren, und werden

immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt, die natürlich auch mit einer riesigen Arbeit verbunden sind.

In Berlin beispielsweise arbeiteten Schulleitungen und Lehrer*innen von Mittwoch bis Freitag unter Hochdruck an einem Plan für die Öffnung ab dem 11. Januar. Freitagabend hieß es dann plötzlich, es solle doch erst am 25. Januar losgehen.

So funktioniert Schulpolitik im Föderalismus: Die einen lernen zehn Monate lang nichts dazu, nachsitzen müssen dann aber die anderen.

Zur Beachtung: Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt. Der vorliegende Abdruck ist nur zum privaten Gebrauch des Empfängers hergestellt. Jede andere Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Urheberberechtigten unzulässig und strafbar. Insbesondere darf er weder vervielfältigt, verarbeitet oder zu öffentlichen Wiedergaben benutzt werden. Die in den Beiträgen dargestellten Sachverhalte entsprechen dem Stand des jeweiligen Sendetermins.